



Ibero-Analysen

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 32

November 2021

Drogenpolitik und Friedensprozess. Das kolumbianische Dilemma setzt sich fort

Diana Cortés/Günther Maihold/Hans-Hendrik Wagner



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Diana Cortés ist kolumbianische Kommunikationswissenschaftlerin und Journalistin mit Schwerpunkt in Sicherheits- und Konfliktforschung. Master in politischen Studien am IEPRI/ Kolumbien und Master in internationaler Sicherheit am Institut für internationale Studien in Barcelona/Spanien.

Günther Maihold, Prof. Dr., stv. Direktor Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Hans-Hendrik Wagner ist Master of Arts im Studiengang „War and Conflict Studies“. Darüber hinaus ist er Mitglied der Jungen Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. sowie der Potsdamer Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik des Bundesverbandes für Sicherheitspolitik an Hochschulen.



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Die **IBERO-ANALYSEN** bieten Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können über den Publikationsserver des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:

(https://publications.iai.spk-berlin.de/receive/riai_mods_00000007).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 266 45 3000
Telefax: 030 – 266 35 1550
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

Satz: Patricia Schulze

1. Auflage 2021

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz,
Potsdamer Straße 37, 10785 Berlin

ISBN 978-3-935656-81-8

This work is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

The online version of this work can be found at:

<<http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>>



Drogenpolitik und Friedensprozess. Das kolumbianische Dilemma setzt sich fort

Diana Cortés/Günther Maihold/Hans-Hendrik Wagner

Fünf Jahre nach Abschluss des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla im Jahr 2016 steht Kolumbien erneut vor der Frage, wie es mit einer wachsenden Kokainproduktion umgehen soll. In den letzten 40 Jahren hatten die kolumbianischen Regierungen unzählige Male versucht, eine Lösung für das Problem des Drogenhandels zu finden. Jedoch erweisen sich die seit den 70er Jahren anhaltenden Anstrengungen als unzureichend. Nicht nur die Problematik blieb bestehen, sondern auch andere strukturelle Dilemmata, wie die Gewalt, die Kontrolle über illegale Produktion von Kokain und schwere Verletzungen der Menschenrechte, traten in den Fokus.

Die verschiedenen Lösungen, die der kolumbianische Staat bisher angeboten hat, haben zwei Elemente gemein: die Stärkung der Sicherheitsstrukturen durch die Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte in den betroffenen Landesgebieten und die Fokussierung darauf, die Größe der Anbaufläche für illegale Drogen zu reduzieren. Diese Maßnahmen erwiesen sich schlussendlich für die komplexe Problematik des Drogenhandels als unzulänglich, weshalb die bisherigen Ansätze überdacht und vom Diskurs in die Praxis überführt werden müssen.

Ein historischer Meilenstein im Kampf gegen den kolumbianischen Drogenhandel war die Unterschrift und die Implementation des "Finalen Vertrages für das Ende des Konfliktes und die Konstruktion eines stabilen und dauerhaften Friedens"¹ mit den "Revolutionären Streitkräften Kolumbiens"² (FARC-EP). Sowohl als ältester als auch zentraler Akteur des kolumbianischen Konfliktes hatte die Guerilla einen starken Einfluss auf den Drogenhandel, weshalb es von großer Wichtigkeit war, dass die Problematik des illegalen Drogengeschäfts als einer der zentralen Punkte in den Vertrag integriert wurde. Mit dem Vertrag wurde eine Neuorientierung in der Drogenpolitik begründet, die auf die "alternative Entwicklung" (AD) (Buxton 2020, 14) ausgerichtet wurde. Damit sollte der traditionell repressive Zugang durch Zwangsvernichtung der angebauten Pflanzen – nicht zuletzt durch den massiven Einsatz des Herbizids Glypho-

In den letzten 40 Jahren hatten die kolumbianischen Regierungen unzählige Male versucht, eine Lösung für das Problem des Drogenhandels zu finden. Jedoch erweisen sich die seit den 70er Jahren anhaltenden Anstrengungen als unzureichend.

1 Zum besseren Verständnis wurden sowohl die spanischen als auch die englischen Zitate oder Dokumente des Textes, wenn möglich, in die deutsche Sprache übersetzt. Zitiert nach Oficina del Alto Comisionado Para La Paz (OACP)/Presidencia de la República (2018, 300).

2 Séptima Conferencia: De las Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo. 4. bis 14. Mai 1982. <https://www.farc-ep.co/septima-conferencia/septima-conferencia-de-las-fuerzas-armadas-revolucionarias-de-colombia-ejercito-del-pueblo.html> (letzter Zugriff am 03.07.2020).

sat³ – überwunden werden. Heute steht die Regierung von Präsident Iván Duque (2018-) erneut vor der Entscheidung, wieder mit dem Einsatz von Glyphosat zur Besprühung der Kokafelder zu beginnen und damit den Ansatz der AD an den Rand der Drogen- und Friedenspolitik zu schieben. Dabei wurde der Diskurs der Vorgängerregierung von Präsident Juan Manuel Santos (2010-2018), einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vorzunehmen, aufgegeben. Kolumbien kehrte unter Präsident Duque zum alten drogenpolitischen Ansatz der Angebotskontrolle zurück.

Damit wird auch der drogenpolitische Neuanfang im Friedensvertrag suspendiert, der die Drogenproblematik in ein umfassendes Konzept einbindet, was sich sowohl in dem Ziel der territorialen sowie ländlichen Transformation (verbunden mit dem ersten Punkt des Abkommens) als auch der Anerkennung zeigt, dass das Problem mit anderen Phänomenen wie Armut, Marginalisierung, Korruption sowie fehlender staatlicher Präsenz in den betroffenen Territorien verbunden ist. In diesem Sinne werden die Dilemmata des a) illegalen Anbaus, b) der Kriminalität, c) der Beteiligung von Jugendlichen im Drogengeschäft und d) der Konsum in differenzierter Form aus Sicht der öffentlichen Gesundheit, der Menschenrechte, der Geschlechterfrage u.a. betrachtet (o.A. "Final Agreement", 2016, 8-33). Der Vertrag betont nicht nur die Auflösung krimineller und bewaffneter Gruppen, sondern auch die Stärkung von Institutionen, wie die kommunalen Gemeinschaften, um den Gewaltzyklus zu unterbrechen, der auch aus dem Drogenhandel erwachsen war.

Ein wichtiger Aspekt war hierbei die Einsetzung des Programms zur freiwilligen Substitution von Koka- und anderen Drogenpflanzungen ("Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito", PNIS [o.A.: "Final Agreement" 2016, S. 102]), welches nachhaltige sowie dauerhafte Lösungen für die Substitution des illegalen Drogenanbaus entwickeln soll. Dazu gehört etwa, den Bauern Alternativen, wie den Anbau von Mais oder Kartoffeln

3 Glyphosat ist ein von der US-amerikanischen Firma Monsanto, welche heutzutage zum deutschen Unternehmen Bayer gehört, entwickeltes Breitband- oder Totalherbizid. Seit 1974 ist es zu dem weltweit meistgenutzten Herbizid geworden. Laut einer Vielzahl von Studien und Bayer selbst hat die fachgemäße Anwendung keinerlei negative Folgen. Dennoch stellte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation fest, dass Glyphosat "wahrscheinlich krebserregend" ist. Dies führte innerhalb der EU zur Debatte über die Zulassung von Glyphosat. Gleichwohl entschied sich die Europäische Kommission basierend auf den Berichten der Europäischen Chemieagentur (ECHA), dass Glyphosat nicht erbgutbeschädigend sei, im November 2017 die Anwendung von Glyphosat bis Dezember 2022 zu verlängern. Das Europäische Parlament sprach sich wiederum gegen die Entscheidung der Kommission aus. Die ECHA und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) werden im September 2021 eine Verlängerung der Glyphosatsnutzung prüfen (vgl. Heussen 2021, o.S.; https://ec.europa.eu/germany/news/2017_1127GlyphosatFragenAntworten_de [letzter Zugriff am 07.07.2021]; <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20160321IPR20296/glyphosat-herbizid-umweltausschuss-gegen-verlangerung-der-eu-zulassung> [letzter Zugriff am 13.07.2021]; <https://www.quarks.de/umwelt/landwirtschaft/wie-gefaehrlich-ist-glyphosat/> [letzter Zugriff am 13.07.2021]).

Kolumbien kehrte unter Präsident Duque zum alten drogenpolitischen Ansatz der Angebotskontrolle zurück.

für die Eigenversorgung aufzuzeigen. Zudem war die Abkehr von der Besprühung mit Glyphosat hin zur manuellen Vernichtung der illegalen Anbauflächen (durch Entfernung der Pflanzen) ein erklärtes Ziel des Vertrages (ebd., 108).

Der erneute Anstieg der Kokain-Produktion und die Rückkehr zum Einsatz von Glyphosat

Juan Manuel Santos' Vorgänger, Álvaro Uribe Vélez, hatte in Bezug auf den Drogenkampf noch einen anderen Ansatz als die AD gewählt. Er setzte auf die Militarisierung der Regierungsprogramme, um die Kokaanbauflächen zu reduzieren. Dabei konnte seine Administration auf den 1999 unterzeichneten "Plan Colombia"⁴ zurückgreifen. Diese Kooperation mit den USA sollte laut Vertragstext primär Präventions- und Substitutionsprojekte in Konfliktregionen finanzieren. Dennoch flossen zwischen 2000 und 2008 812 Millionen US-Dollar in die Modernisierung der Streitkräfte sowie in die Strategie, die Felder aus der Luft mit Glyphosat zu besprühen (Oehme 2010, 230). Neben dem Hauptziel, die staatliche Präsenz in peripheren Gebieten auszuweiten und damit die FARC-EP militärisch zurückzudrängen, war die Größe der zerstörten Kokaanbauflächen ein Erfolgskriterium dieses Planes. Zwar wurden bis 2008 durchschnittlich 128.000 Hektar mit Herbiziden besprüht, aber die Fortschritte in der Flächenre-

duktion waren dürftig (Camacho und Mejia 2015, 6). Zwischen 2001 und 2004 wurde die Fläche von 169.800 Hektar auf 144.000 Hektar reduziert, aber bis 2007 stieg die Zahl wieder auf 167.000 Hektar (Oehme 2010, 230). Die Effektivität des Programmes litt auch an den Strategien, die die Kokabauern entwickelten, um der Zerstörung ihrer Felder zu entgehen. Wenn die Bauern wussten, dass ihre Flächen besprüht werden sollten, besprühten sie die Blätter mit Zuckersirup, um die Penetration des Glyphosats zu verhindern (Camacho und Mejia 2015, 6-7). Darüber hinaus führte der "Plan Colombia" zum sogenannten *balloon effect* (Buxton 2015, 12), d.h. die Kokabauern verlagerten ihre Produktion in unzugänglichere Gebiete der Andenregion,⁵ speziell in die Nachbarstaaten Bolivien und Peru, wodurch sich das Drogenproblem lediglich regional verschob (Oehme 2010, 230). Schlussendlich konnte der "Plan Colombia" nur Erfolge im Kampf gegen die bewaffneten Akteure verzeichnen, aber die Drogenproblematik blieb weiterhin bestehen.⁶ Der Plan ging 2009 in einen neuen Vertrag

Schlussendlich konnte der "Plan Colombia" nur Erfolge im Kampf gegen die bewaffneten Akteure verzeichnen, aber die Drogenproblematik blieb weiterhin bestehen.

⁴ Der "Plan Colombia" war ein bilateraler Vertrag, der 1999 unterzeichnet wurde. Dafür stellten die USA bis 2008 11,6 Milliarden US-Dollar zur Verfügung (Macías 2020).

⁵ Neben dem transnationalen Verlagerungseffekt gibt es den intranationalen *mercury effect*, d.h. es kommt zur Verschiebung der Anbaugelände innerhalb eines Staatsgebietes. In Kolumbien geschah dies durch die Verlagerung der Flächen von den Departements Caquetá und Guaviare nach Putumayo, Cauca sowie Viachada (Buxton 2015, 12).

⁶ Jedoch erklärte die "Politische Drogenkommission für die westliche Hemisphäre" (Comisión Política de Drogas del hemisferio occidental), ernannt durch den Kongress der USA im Jahr 2017, im Jahr 2020, dass der "Plan Colombia" bzw. der damit verbundene Kampf gegen die Drogen gescheitert sei (Macías 2020).

Trotz der Friedensbemühungen der Regierung sowie des Friedensvertrages war zwischen 2014 und 2018 wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Kokainproduktion zu verzeichnen.

mit den USA über, der den US-amerikanischen Truppen Zugang zu Militärbasen in Kolumbien zusagte. In der Folge reduzierten sich bis 2009 die Kokakulturen auf 80.000 Hektar. Als die kolumbianische Regierung 2012 ankündigte, offiziell mit der FARC-EP in Friedensverhandlungen einzutreten, fiel die Gesamthektarzahl auf 50.000 Hektar im Jahr 2013 (UNODC 2018, 14).

Trotz der Friedensbemühungen der Regierung sowie des Friedensvertrages war zwischen 2014 und 2018 wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Kokainproduktion zu verzeichnen. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) wuchs die Anbaufläche zwischen 2015 und 2016 um 52%, was eine Erhöhung der Kokainproduktion von 34% bedeutete (Maihold 2018, 2). 2018 existierten 169.000 Hektar an kolumbianischer Kokaanbaufläche, die eine Produktion von 1.120 Tonnen Kokain zur Folge hatte (*El Tiempo*, 30. Juli 2021). Mögliche Gründe dafür könnten sein: Erstens wurde mit der Abwertung des kolumbianischen Pesos die Kokainproduktion profitabler, da diese in Pesos bezahlt wird, aber der Verkauf auf den Absatzmärkten in Dollar oder Euro erfolgt. Zweitens schien die Ankündigung, dass während der Friedensverhandlung über die Lösung der Drogenproblematik gesprochen wird, einen Anstieg der Zahl der Koka-Anbauenden und damit der Anbaufläche bewirkt zu haben, da man sich damit die Berücksichtigung bei den Ausgleichsmaßnahmen erwartete.

Dementsprechend vermeldete das Office of National Drug Control Policy⁷ (ONDCP) der USA am 25. Juni 2021, dass die Kokaanbaufläche von 212.000 Hektar im Jahr 2019 auf 245.000 Hektar im Jahr 2020 gestiegen sei (Maseri 2021, o.S.). Gleichzeitig verzeichnet das Büro einen Anstieg in der Produktion von Kokain (von 936 Tonnen auf 1.010 Tonnen) (Arciniegas 2021, o.S.). Dem widerspricht die Studie des UNODC, welche für das Jahr 2019 eine Reduktion der Anbaufläche um 9% (von 169.000 auf 154.000 Hektar) vermeldete. Gleichzeitig stieg aber die Produktion von Kokain (von 1.120 auf 1.137 Tonnen). Die Studie hat folgende Erklärung für dieses Phänomen: Durch die manuelle Vernichtung bzw. die Reduzierung der Anbaufläche waren die Produzenten gezwungen, auf weniger Flächen mehr Ertrag zu erwirtschaften. Dies schafften sie durch eine Straffung der Abläufe sowie verbesserte Produktionstechniken. Außerdem zogen einige der Kokaflächen in Gebiete mit sensibleren Umweltsystemen um, speziell Nationalparks, die von der Zerstörung laut Vertrag ausgenommen sind (*El Tiempo*, 30. Juli 2021). Ein weiterer Aspekt ist die Angebot-Nachfrage-Struktur. Mit weniger Feldern gab es weniger Kokain, was wiederum den Preis von Kokain steigen ließ und für viele Bauern einen größeren Anreiz bot, Kokafelder anzulegen, da der Profit damit höher ausfiel als in den Substitutionsprogrammen.

Die kolumbianische Regierung führte die divergierenden Hek-

⁷ <https://www.whitehouse.gov/ondcp/> (letzter Zugriff am 29.06.2021).

tarzahlen der beiden Büros auf die Nutzung unterschiedlicher Parameter zurück (Maseri 2021, o.S.). Dennoch nutzte die Duque-Administration diese Berichte, um zu dem Schluss zu kommen, dass die manuelle Zerstörung der Kokafelder eine gescheiterte Strategie sei und damit die Wiederaufnahme der Besprühung mit Glyphosat einzuleiten.⁸ Eine Konkretisierung fand diese Diskussion in dem verabschiedeten Dekret 380 vom 12. April 2021 mit dem Titel "Zur Regelung und Kontrolle der gesundheitlichen und Umweltrisiken im Rahmen der Vernichtung von illegalen Anbaukulturen durch die Methode der Besprühung aus der Luft und anderen Mitteln" ("Decreto 380", 2021).⁹ Das Dekret folgt der Regierungslogik, wonach die Zunahme der Gewalt in ländlichen Gebieten mit dem Drogenhandel eng verbunden sei, weshalb der Kokaanbau mit jedem verfügbaren Instrument verringert werden muss (Dickinson 2021, o.S.). Daher spricht das Dekret explizit von einem Einsatz von Glyphosat ("Decreto 380", 2021).

Diese Entscheidung der Regierung Duques stieß auf viel Kritik. So führte das Centro de Estudios sobre Seguridad y Drogas (CESED)¹⁰ der Universidad de los

Andes an, dass eine genaue Besprühung der Felder aus der Luft nicht möglich sei. Fehlende Kenntnisse über die genauen Anbauorte würden dieses Unterfangen zusätzlich erschweren. Darüber hinaus wäre die Besprühung kostenineffektiv. Um einen Hektar zu zerstören, müssten zwischen 33 und 45 Hektar zusätzlich besprüht werden. Damit würden die Subsistenzwirtschaft der Bauern zerstört, Tiere vergiftet sowie die Natur entwaldet werden.¹¹ Ein weiterer Kritikpunkt an dem Dekret bezieht sich auf den integrierten Klagemechanismus, der erst greift, wenn ein Schaden bereits eingetreten ist (vgl. "Decreto 380", 2021). Speziell gegen die gesundheitlichen Schäden kann erst im Nachhinein und nur dann, wenn die Personen direkt mit Glyphosat besprüht wurden, vorgegangen werden (ebd.). Außerdem wird auf das Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2017 verwiesen, dass die freiwillige Substitution und manuelle Zerstörung priorisiert werden sollen. Die Besprühung mit Glyphosat sei lediglich die *ultima ratio* (*El Tiempo*, 13. April 2021).

Der Plan Duques sah vor, im Juni 2021 den Einsatz von Glyphosat erneut aufzunehmen (*El Tiempo*, 20. April 2021). Jedoch wurde dies bislang nicht ausgeführt, was wahrscheinlich den anhaltenden landesweiten Protesten gegen die Steuerreform geschuldet war, die im Mai 2021 begannen. Dies bedeutet lediglich einen Aufschub

Der Plan Duques sah vor, im Juni 2021 den Einsatz von Glyphosat erneut aufzunehmen. Jedoch wurde dies bislang nicht ausgeführt.

⁸ Dabei verpflichtete sich die Duque-Administration gegenüber den USA, die Hälfte der Kokaplantagen bis 2023 zu vernichten (Karasek 2021).

⁹ <https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=161526> (letzter Zugriff am 02.06.2021).

¹⁰ "¿Cuáles son los Argumentos a favor de la fumigación con glifosato? Y ¿Qué dice la evidencia sobre por qué no fumigar?", <https://cesed.uniandes.edu.co/wp-content/up->

<loads/2021/04/Argumentos-a-favor-de-la-fumigaci%C3%B3n-8.pdf> (letzter Zugriff am 22.06.2021).

¹¹ Vgl. ebd.

einer Entscheidung, die anscheinend von den regierenden Politikern gebilligt wurde. Indes muss dem Verfassungsgerichtsurteil folgend die Frage gestellt werden: Hat Kolumbien heute eine Situation erreicht, in der die Nutzung von Glyphosat als *ultima ratio* gerechtfertigt ist? Hat die Duque-Administration wirklich alle möglichen Alternativen zur Nutzung von Glyphosat erprobt? Sind die Programme, die aus dem Friedensvertrag entstanden sind, wie z. B. das PNIS, wirklich gescheitert oder wurden sie nicht als prioritär oder zu aufwändig erachtet? Oder will Duques Regierung lediglich zum politischen Denken der 2000er Jahre zurückkehren?

Der alternative Ansatz: das integrale nationale Substitutionsprogramm PNIS

Die Besprühung mit Glyphosat ist ein Bestandteil der "Angebotsreduktionsstrategien" (Buxton 2015, 4), d.h. es gilt zu verhindern, dass Drogen in existierende oder neue Märkte gelangen, indem Produktion und Handel an ihrem Ursprungsort unterbunden werden (ebd.). Diese Form der Drogenkontrolle wird primär von den USA gefördert, welche diese mit repressiven Maßnahmen im In- sowie Ausland kombinieren. Dabei intensivierten die USA ihre militärischen Beratungsprogramme, wodurch der Kontrollansatz zunehmend militarisiert wurde (Buxton 2020, 20). Begleitende Hilfsprogramme stellten nur begrenzte Unterstützungsleistungen zur Verfügung und unterstehen dem sicherheitspolitischen

Primat (Buxton 2015, 40). Darüber hinaus wurden alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Drogen kriminalisiert,¹² um die Konsumenten durch Strafen wie Freiheitsentzug aus dem Markt zu drängen und somit die Versorgung mit Drogen zu reduzieren (Buxton 2020, 26).

Demgegenüber stehen die "Nachfragereduktionsstrategien" (Buxton 2015, 4), welche die Drogenkonsumenten durch spezielle Programme, die zur Prävention und Unterstützung der abhängigen Personen beitragen, vom Drogenmarkt fernhalten sollen (ebd.). Dieser Ansatz, der von der EU sowie der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) präferiert wird, findet seinen Ausdruck in den Konzepten der AD und der "entwicklungsorientierten Drogenkontrolle" (ebd., 31). AD definiert die OAS folgendermaßen:

Long-term strategy, based on a comprehensive approach to rural development that seeks to place the foundations for sustainable development and independence from illicit drug cultivation in the long term (ebd., 32).

Die "entwicklungsorientierte Drogenkontrolle" ist eine Weiterführung der AD, die laut der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) darauf abzielt, dass die negativen individuellen sowie gesellschaftlichen Konsequenzen des Drogenanbaus durch

¹² Die Kriminalisierung als Bestandteil der Drogenkontrolle hatte zur Folge, dass besonders nach dem 2. Weltkrieg ein lukrativer Schwarzmarkt für ansonsten unbrauchbare Pflanzen entstanden ist. Dieser machte vor allem arme sowie sich entwickelnde Staaten empfänglich für Korruption (Buxton 2020, 23; 2015, 15).

Demgegenüber stehen die "Nachfragereduktionsstrategien", welche die Drogenkonsumenten durch spezielle Programme, die zur Prävention und Unterstützung der abhängigen Personen beitragen, vom Drogenmarkt fernhalten sollen.

kooperative Maßnahmen, welche die Armut sowie die Abhängigkeit von der illegalen Ökonomie vermindern, reduzieren sollen (ebd., 31). Bei beiden Konzeptionen spielen sowohl Zwangsmaßnahmen als auch konditionierte Unterstützungsleistungen nominell eine untergeordnete Rolle. Als Antwort auf die zunehmende repressive Militarisierung der US-amerikanischen Drogenkontrolle, wurde die AD in vielen Bereichen als immer wichtiger betrachtet.

Daher fand sie in den Verhandlungen des kolumbianischen Friedensvertrages Einzug. Die vertraglichen festgehaltenen Bestimmungen zur Landreform und der Behandlung der Opferrechte wurden im Geiste der Konzeption verfasst. Dabei wurde das PNIS geschaffen, welches als praktische Ausführung der AD konzipiert wurde. Seine Aufgabe ist zum einen die Implementierung der "Umfassenden Pläne für die Substitution von Kulturen und Alternative Agrarentwicklung" (o.A.: "Final Agreement", 2016, S. 100), welche die Zusammenarbeit zwischen dem Staat (auf nationaler, departementaler und lokaler Ebene) und den lokalen Gemeinschaften (*comunidades*) durch zivilgesellschaftliche Organisationen vorsieht. Zum anderen sollen die Institutionen Transformationsstrategien umsetzen, welche die finanzielle Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, um die freiwillige Substitution illegaler Kulturen (Koka, Marihuana, Schlafmohn) mit legalen Produkten (Kartoffeln, Mais) voranzubringen (ebd.). Dabei wird beachtet, dass die Mehrheit der

Kokapflanzer ländliche, afro-kolumbianische und indigene Familien mit einem hohen Armutsgrad sind, deren Subsistenz von diesen illegalen Aktivitäten abhängt. Die Basis des PNIS bilden in einem Dreierschritt der Dialog, Vereinbarungen und freiwillige Aktionen der Personen, die Teil des Projektes sind. Dabei zielt das Programm auf die Stärkung bzw. Förderung der Vertrauensbeziehungen zwischen Staat und Bürgern sowie die nationale Versöhnung innerhalb der Gemeinden (ebd., 108-110). Damit werden friedens- und drogenpolitische Motivationen miteinander verbunden, um zu integralen Lösungen zu gelangen.

Das PNIS trat offiziell im Juni 2016 in Briceño (Antioquia) in Kraft. Heute wird es geleitet durch das "Präsidialamt für Stabilität und Konsolidierung" (Consejería Presidencial para la Estabilización y la Consolidación 2018-2019, 1). Das Programm operiert in 14 Departements¹³ und in 55 Gemeinden. Die besagten Regionen sind Bestandteil der PDET (Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial, "Entwicklungsprogramme mit territorialem Fokus" [o.A.: "Final Agreement", 2016, S. 102]), welche Verfahren und entsprechende Werkzeuge für die vom Konflikt am meisten betroffenen Gebiete erarbeiten, um diese zu stabilisieren und die rurale Entwicklung zu fördern.¹⁴ Diejenigen, die an dem

Die Basis des PNIS bilden in einem Dreierschritt der Dialog, Vereinbarungen und freiwillige Aktionen der Personen, die Teil des Projektes sind. Dabei zielt das Programm auf die Stärkung bzw. Förderung der Vertrauensbeziehungen zwischen Staat und Bürgern sowie die nationale Versöhnung innerhalb der Gemeinden

¹³ In diesen 14 von 32 Departements, in die sich Kolumbien unterteilt, konzentriert sich 65% des illegalen Anbaus (UNODC 2020b, 3).

¹⁴ Die Programme umfassen 170 Gemeinden (vgl. "PDET en Cifras", <https://www.renovacionterritorio.gov>).

So fehle der politische Wille, der als die entscheidende Determinante für die erfolgreiche Umsetzung des Friedensvertrages angesehen wird.

Programm teilnehmen, verpflichten sich, keine illegalen Kulturen neu anzupflanzen, sich nicht am Handel der entsprechenden Rohstoffe zu beteiligen und sich nicht in ähnlichen Aktionen verwickeln zu lassen (UNODC 2020a, 15). Im Falle der Nichteinhaltung oder fehlender Bereitschaft der Gemeinden geht die Regierung zur manuellen Vernichtung der Anpflanzungen über, immer unter Berücksichtigung der Prinzipien der Menschenrechte.

Ein Bestandteil der PNIS ist der "Aktionsplan" ("Plan de Atención Inmediata", PAI [(UNODC 2020a, 19)], welcher durch kurzfristige Hilfe auf den Märkten, durch Produktionsprojekte sowie durch langfristige technische Hilfe (Aufbau von Infrastruktur, Formalisierung von Landeigentum und Indikatoren der Nachverfolgung u. a.) die Lebensmittelversorgung und das Wohlergehen der beteiligten Bevölkerung absichern soll (Defensoría del Pueblo 2017, 42-43). Mit der Unterschrift unter den Vertrag verpflichtete sich die Regierung, diese Programme in die staatlichen Strukturen ebenso wie in das Rechtssystem Kolumbiens einzugliedern. Dies ist ein umstrittener Punkt, der auch zur Ablehnung des Vertragstextes im Plebiszit im Oktober 2016 geführt hatte, bei dem sich 50,2% der abstimmenden Kolumbianer gegen den Friedensvertrag aussprachen (Maihold 2016). Dieses Resultat markierte den Beginn eines Legitimationsdisputs über den Friedensvertrag, welcher verstärkt wurde durch das Gefühl,

die Stimme der Bevölkerung sei nicht gehört worden. Die Polarisierung des Friedensvertrages wurde durch die Wahl Duques, dem politischen Ziehsohn des Ex-Präsidenten Álvaro Uribe Velez, dem wohl größten Kritiker des Friedensprozesses, weiter vorangetrieben. Dieser kündigte nach seiner Wahl Änderungen am Vertrag (speziell die Sonderjustiz) an, nur um dann die Umsetzung des Vertrages nachrangig zu behandeln (Maihold und Wesche 2019). Obwohl von Seiten des "Präsidialamts für Stabilität und Konsolidierung" wichtige Anstrengungen unternommen wurden, um die Vereinbarungen einzuhalten, wird von vielen Beobachtern aus der akademischen Gemeinschaft, indigenen sowie ländlichen Gemeinden und Mitgliedern der Legislative die defizitäre Umsetzung des Vertrages beklagt. So fehle der politische Wille, der als die entscheidende Determinante für die erfolgreiche Umsetzung des Friedensvertrages angesehen wird.

Der PNIS in Zahlen

Im Jahr 2020 legte die Regierung Duque dar, dass in den zwei Jahren, in denen das Programm lief, 1,1 Billionen Peso (rund 219 Mio. Euro) in dieses investiert wurden (*El Espectador*, 14. November 2020). Dennoch erklärte die Duque-Administration 2019, dass das PNIS unvollständig und unterfinanziert sei, weshalb eine Überarbeitung notwendig sei, um eine adäquate Umsetzung im ländlichen Raum zu gewährleisten.¹⁵

[co/especiales/especial_PDET/](http://www.posconflicto.gov.co/sala-prensa/noticias/2019/Paginas/Gobierno%20esta%20fortaleciendo%20programas%20de%20sustitucion%20de%20cultivos%20de%20) (letzter Zugriff am 30.06.2021).

¹⁵ <http://www.posconflicto.gov.co/sala-prensa/noticias/2019/Paginas/Gobierno%20esta%20fortaleciendo%20programas%20de%20sustitucion%20de%20cultivos%20de%20>

Laut Regierung sowie UNODC sind bis zum 31. Dezember 2020 99.097 Familien in das PNIS integriert worden.¹⁶ Diese Familien befinden sich in Departements, in denen entweder eine Gruppe, wie z. B. die Dissidenten der FARC-EP, oder andere Gewaltakteure aktiv sind und waren. Bis zu diesem Datum hat das Programm zu einer freiwilligen Zerstörung von 43.711 Hektar der 60.101 Hektar geführt, die laut den Richtlinien der UNODC für diesen Vorgang identifiziert wurden. Von diesen wurden 37.693 Hektar durch im Anbau tätige Familien entfernt, was einer Einhaltung der Vorgaben von 97% entspricht (UNODC 2020b, 10-12). Die Prozentzahl der Neupflanzungen betrug 0,2% (Secretaría Técnica del Componente Internacional de Verificación CINEP/PPP-CERAC 2020, 14). Des Weiteren haben laut dem Bericht des UNODC 67.665 Familien vollständige technische Hilfe erhalten (UNODC 2021, 2). Diese beinhaltet sowohl eine anfängliche Unterstützung über vier Monate, welche die Produktionsabläufe sowie die Charakteristiken der Territorien identifiziert, als auch einen Zwei-Jahres-Plan für die Transformation in der entsprechenden Zone. Die Umsetzung dieser Planung obliegt kolumbianischen Organisationen, Universitäten und anderen Kooperationspartnern. Dabei vermeldet die aktuelle Regierung ein Problem mit dem Zeitplan, da des-

sen Umsetzung länger dauere als im Friedensvertrag veranschlagt. Gleiches trifft auf die Finanzierung der Projekte zu. Trotz der wirtschaftlichen Versprechen, die die Regierung bei der Vertragsunterschrift gegeben hat, blieben die Substitutionsprogramme unterfinanziert, die Abläufe konnten nicht entsprechend des vorgegebenen Zeitplans beginnen oder umgesetzt werden (Rueda Forero 2021, o.S.). Einer der Kompromisse im Rahmen des PNIS war, dass Zahlungen an Familien für die Lebensmittelhilfe sowie ökonomische Nachhaltigkeit während der Transitionsphase¹⁷ gewährt wurden. Diese finanziellen Hilfen bedeuteten eine konditionierte Zahlung von einer Million Peso (rund 226€) pro Monat während der ersten 12 Monate nach der Vernichtung der Kokafelder. In Übereinstimmung mit dem Bericht des UNODC wurden bis August 2020 90,9% der Zahlungen an die betroffenen Familien bezahlt, was 74.818 Familien entspricht (UNODC 2021, 3-4).

Obwohl diese Zahlen einen hohen Grad an Erfüllung des Programmes durch die Regierung nahelegen, haben soziale Organisationen eine Stagnation der Produktionsprojekte beklagt, d. h. die Unterstützungsleistung wurde bezahlt, die Anbauflächen von Koka-Pflanzen befreit, aber es gab weder eine Umsetzung der Substitution noch ein ernsthaftes Voranschrei-

Des Weiteren haben laut dem Bericht des UNODC 67.665 Familien vollständige technische Hilfe erhalten.

[uso%20illicito.aspx](#) (letzter Zugriff am 24.06.2021).

¹⁶ Die Gesamtzahl setzt sich aus 82.240 anbauender und nicht anbauender Familien sowie 16.857 Familien, die als Erntehelfer tätig waren, zusammen (UNODC 2020b, 7).

¹⁷ Die Transitionsphase bezieht sich auf einen Zeitraum von 12 Monaten, die unmittelbar, nach dem sich die Familien für die Substitution der Kokapflanzen im Rahmen des PNIS entschieden haben, in Kraft trat (vgl. o.A.: "Final Agreement", 2016, S. 119-120).

Das möglicherweise größte Hindernis, welches durch den Bericht dargestellt wird, ist die geringe Glaubwürdigkeit und Legitimität, die das PNIS unter den teilnehmenden Bauern genießt.

ten in anderen Vertragspunkten.¹⁸ Tatsächlich legt der Bericht des im Friedensvertrag mit dessen Überwachung eingesetzten Kroc-Instituts signifikante Fortschritte im Bereich der technischen Hilfe und Lebensmittelsicherheit im Jahr 2019 nahe.¹⁹ Dennoch kommt der Report zum Schluss, dass dieser Entwicklungsprozess aus verschiedenen Motiven Einschränkungen unterliegt: Dazu gehören unzureichende Maßnahmen zur Kontrolle illegaler Märkte, wie z.B. Konsum, Geldwäsche und Korruption. Außerdem kommuniziert das PNIS kaum mit der Agrarreformbehörde RRI (Reforma Rural Integral), was eine reale Transformation und somit die Beseitigung der Ungleichheit in der Bodenbesitzstruktur sowie die Lösung anderer Probleme des Drogenhandels verhindert. Aber das möglicherweise größte Hindernis, welches durch den Bericht dargestellt wird, ist die geringe Glaubwürdigkeit und Legitimität, die das PNIS unter den teilnehmenden Bauern genießt. Gründe hierfür sind ausbleibende Zahlungen der vereinbarten Unterstützungsleistung inklusive der technischen Hilfe. Hinzu kamen der ungerechtfertigte Ausschluss bestimmter Personen aus dem Programm gepaart mit der limitierten Inklusion sowie Partizipation

der bäuerlichen Gemeinschaften, obwohl der Fokus des PNIS auf einer einvernehmlichen Regelung der Beziehungen zwischen Bürgern und Staat in den Transformationsprojekten liegen sollte (KROC Institute for International Peace Studies 2020, 67-68).

Ebenso ist die im Friedensvertrag vorgesehene Partizipation von Frauen, indigener Gemeinschaften sowie der Universitäten kaum umgesetzt, so dass die Möglichkeiten eines zivilgesellschaftlichen Weges aus dem Problem des Drogenhandels eingeschränkt würden und sich die Staatsbürger gleichzeitig weniger mit dem Programm identifizierten (ebd., 68).

Der von dem "Technischen Sekretariat für die internationale Verifikation" (Secretaría Técnica del Componente Internacional de Verificación CINEP/PPP-CERAC) veröffentlichte "Siebte Verifikationsbericht über die Einhaltung des Friedensvertrages" sprach daher im September 2020 von einem ungünstigen Kontext für die Implementation des Punktes 4 des Friedensvertrages (Secretaría Técnica del Componente Internacional de Verificación CINEP/PPP-CERAC 2020, 1). Die Faktoren, die den Prozess negativ beeinflussen, sind u.a. die zunehmenden Spannungen zwischen Bauern und staatlichen Sicherheitskräften, hervorgerufen durch die erzwungenen Zerstörungen, die Entscheidung der Regierung, zur Besprühung von Glyphosat zurückzukehren, sowie die aktuelle unsichere Sicherheitssituation in den Gemeinden des PNIS, welche

18 "Se ha hecho la erradicación voluntaria, pero las familias todavía no ven la sustitución" (Quintero Martínez 2021, o.S.)

19 Zwischen April und Juli 2019 stieg die Zahl der Familien, die technische Hilfe erhalten haben, auf 60.731. Im September des gleichen Jahres befanden sich 42% der Familien in Projekten zur Lebensmittelsicherheit, aber nur ein Prozent hatten Zugang zu Produktionsprojekten (vgl. KROC Institute for International Peace Studies 2020, 67).

durch die Corona-Pandemie verschärft wurde.²⁰

Der Umschwung in der Drogenpolitik unter Präsident Iván Duque

Wenngleich der freiwillige Verzicht signifikante Erfolge im Jahr 2018 (26.800 Hektar) aufwies, wurde diese Methode zunehmend von der nicht auf Freiwilligkeit sondern auf Zwang ausgerichteten Vernichtung von Anbauflächen für Koka ersetzt. Seit dem Beginn der Präsidentschaft Duques wuchs die Anzahl der Gruppen für die manuelle Beseitigung von 23 auf 150 (2.200 Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte) (Garzón Vergara 2020, o.S.). Für die Regierung war der Erhalt der manuellen Zerstörung als valide Politik einer ihrer größten Erfolge des Jahres 2020. Das Jahr in dem laut dem Verteidigungsministerium das Ziel der Beseitigung von 130.000 Hektar Kokaflächen erreicht wurde, was Kokain im Wert von etwa 301 Millionen US-Dollar entspricht (*El Tiempo*, 30. Dezember 2020). Dennoch ist die erzwungene Zerstörung keine definitive Lösung. Während die freiwillige Beseitigung eine Chance von 0,4%²¹ hat, dass Koka wiedergebaut wird, ist die Wahrscheinlichkeit

nach der erzwungenen Variante höher als 45% (nach der Glyphosatbesprühung sogar 80%) (Arenas und Diamond 2021, o.S.). Sobald die Gruppe der manuellen Beseitigung das Gebiet verlässt, beginnen die Bauern erneut Koka anzubauen. Aufgrund der vorherrschenden Sicherheitssituation ist es unwahrscheinlich, dass diese von der Regierung gebildete Gruppe zeitnah zurückkehrt. Währenddessen wird die Produktion von Kokain angekurbelt und die Menge an Neupflanzungen nimmt zu. Laut Schätzungen des UNODC wurden 2016 30% der vernichteten Fläche wieder mit Pflanzen bestückt. Diese Prozentzahl könnte sich aufgrund der aktuellen Situation verdoppelt haben (Garzón Vergara 2020, o.S.). Dies deutet darauf hin, dass die Regierung mit Hilfe dieser Zahlen die Erfüllung des Vertrages im Kampf gegen den Drogenhandel nachweisen möchte, indem sie die Muster der Vergangenheit wiederholt. Der Fokus von Duques Anti-Drogen-Diskurs liegt auf konstanten Berichten über erfolgreiche Schläge gegen Drogenhändler und vernichteten Pflanzungen.

Der Wiederanstieg der Koka-Anbauflächen in den letzten Jahren veranlasste die Regierung einen "Zukunftsplan" ("Ruta Futuro"²²) im Rahmen der "Friedenspolitik mit Legalität" vorzulegen, um mit Hilfe des PNIS gegen dieses Problem vorzugehen (Consejería Pre-

Der Fokus von Duques Anti-Drogen-Diskurs liegt auf konstanten Berichten über erfolgreiche Schläge gegen Drogenhändler und vernichteten Pflanzungen.

²⁰ "Obwohl das PNIS läuft, [...] haben die erreichten Fortschritte weder eine Transformation der Produktion, die die Bauern benötigen, um die Bauern vom illegalen Drogenanbau in nachhaltige, legale Ertragsformen zu bringen, noch eine Implementationsgarantie des A.F. bewirkt" (Secretaría Técnica del Componente Internacional de Verificación CINEP/PPP-CERAC 2020, 13).

²¹ "Sistema Integrado de Monitoreo de Cultivos Ilícitos - SIMCI", <https://www.unodc.org/colombia/es/simci/simci.html> (letzter Zugriff am 13.07.2021).

²² Gobierno de Colombia. o.J. "ABC - Ruta Futuro: Política integral para enfrentar el Problema de las Drogas", http://www.odc.gov.co/Portals/1/Docs/ABC_Poli%CC%81tica_AntiDrogas.pdf (letzter Zugriff am 25.06.2021).

Diese Regierungspolitik folgt dem Muster von Prohibition und gewaltsamer Konfrontation und wurde von der Zivilgesellschaft als "verlorener Kampf" eingeordnet.

sidencial para la Estabilización y la Consolidación 2018, o. S.). Der "Zukunftsplan" wurde im Dezember 2018 verabschiedet und basiert auf fünf Säulen: Verminderung des Drogenkonsums durch Prävention und Aufklärung; Verringerung des Angebots (inklusive verstärkter manueller Zerstörung und Glyphosatbesprühung aus der Luft); Auflösung krimineller Organisationen; Vorgehen gegen die Ökonomie und das Einkommen des organisierten Verbrechens und die Transformation der Territorien hin zur legalen Wirtschaft (ebd.).

Parallel wurde im August 2020 gemeinsam mit den USA die "Colombia Growth Initiative" (USCGI 2020, 1) verabschiedet. Der Direktor der International Finance Corporation,²³ Adam Boehler, beschreibt die Initiative folgendermaßen:

Momentan sprechen wir über einen neuen Plan Colombia, um uns auf eine ökonomische sowie sicherheitspolitische Entwicklung Kolumbiens zu konzentrieren [...].²⁴

Die "Colombia Growth Initiative", welche Investitionen von unge-

fähr 19 Milliarden US-Dollar über 13 Jahre vorsieht, hat folgende Ziele: die Befreiung Kolumbiens von Drogen, die Schaffung von Alternativen für legale Aktivitäten in ländlichen Gebieten für mehr als 248.000 Familien, die Konstruktion und Verbesserung von mehr als 14.000 Kilometern an tertiärem Straßennetz, die Schaffung von mehr als 25.000 neuen Arbeitsplätzen und die Wiederaufforstung von 16.000 Hektar entwaldeter Flächen. Die Initiative basiert dabei auf den Prinzipien alternativer Entwicklung, um eine freiwillige Substitution mit umfassender, ländlicher Entwicklung zu erreichen (USCGI 2020, 6). Eine andere Leitlinie ist die Implementation einer multidimensionalen Sicherheitsstrategie, die eine Erhöhung polizeilicher bzw. staatlicher Präsenz sowie eine Strategie zur unfreiwilligen Zerstörung der Kokafelder, etwa durch Luftbesprühung, beinhaltet.

Diese Regierungspolitik folgt dem Muster von Prohibition und gewaltsamer Konfrontation und wurde von der Zivilgesellschaft als "verlorener Kampf" (Pares 2020, o. S.)²⁵ eingeordnet.

Dieser repressive Fokus der Drogenpolitik schwächt die demokratischen Institutionen, stärkt die kriminellen Organisationen, vertieft die Korruption und schürt die Gewalt innerhalb der Territorialkämpfe zwischen den bewaffneten Akteuren und mit den Sicherheitskräften (ebd.).

Die Fixierung auf die Reduktion oder den Anstieg von Anbauflächen wird dem Drogenproblem

23 "Apoyo de la Corporación Financiera de Desarrollo Internacional de los Estados Unidos al Ecuador", <https://ec.usembassy.gov/es/apoyo-de-la-corporacion-financiera-de-desarrollo-internacional-de-los-estados-unidos-al-ecuador/> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

24 "Colombia y EE.UU. lanzan la iniciativa 'Colombia Crece' para combatir el delito y, al mismo tiempo, llevar inversión, desarrollo y obras a zonas rurales y comunidades vulnerables", 17. August 2020, <https://idm.presidencia.gov.co/prensa/colombia-y-eeuu-lanzan-la-iniciativa-colombia-crece-para-combatir-el-delito-y-al-mismo-tiempo-llevar-inversion-200817> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

25 <https://pares.com.co/2020/05/14/esta-lucha-contra-las-drogas-es-una-guerra-totalmente-perdida/> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

nicht gerecht. Einen Indikator, den die Regierung nicht in seiner Gesamtheit dargestellt hat, ist das Produktionspotenzial von Chlorhydrat, welches für die Herstellung von reinem Kokain genutzt wird. Laut Kalkulation lag die Produktion dieses Stoffes bei 1.137 Tonnen im Jahr 2018 (2012 waren es noch 333 Tonnen) (UNODC 2020c, 15). Dies ist ein Indiz, dass in Kolumbien mehr Kokain und möglicherweise effektiver als früher produziert wird.

Sicherheit als notwendige Bedingung entwicklungsorientierter Drogenpolitik

Die Probleme des PNIS werden durch die Unsicherheitssituation und das Gewaltgeschehen in bestimmten Landesteilen verstärkt. Diese beziehen sich vor allem auf Anführer und Teilnehmer des Programmes in Gebieten mit einer hohen Präsenz von Dissidenten der FARC-EP und anderer bewaffneter Akteure. Die selektive Tötung von Menschenrechtsverteidigern und Programmteilnehmern, die Bedrohungen und Entführungen haben die Umsetzungsdynamik in den Gemeinden verändert, in denen die Transformationsprojekte angesiedelt sind.

Die Pläne der Regierung sowie ihre Programme, um dagegen vorzugehen, waren allesamt unzureichend. Laut der NGO INDEPAZ starben zwischen 2016 und Dezember 2020 mehr als 1.000 Personen in Ausübung zivilgesellschaftlicher bzw. sozialer Funktionen (INDEPAZ 2021, 3). Die Empörung der Bürger über diese zunehmende Unsicherheit

in den Territorien wurde durch den Einsatz von staatlichen Sicherheitskräften nicht verringert. Der Grund liegt laut der Regierung bei den territorialen Konflikten zwischen Dissidenten der FARC-EP, Mitgliedern der ELN, des "Clan del Golfo" und anderen kriminellen Strukturen, die aus der Demobilisierung der paramilitärischen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) 2005 entstanden sind. Laut der Duque-Administration führte der Abzug der FARC-EP aus Gebieten, in denen sie die alleinige Kontrolle innehatte, zur Neustrukturierung sowie Verlagerung der Aktivitäten bewaffneter, organisierter Gruppen und der organisierten Kriminalität. Dies mündete in Kämpfen um strategische Korridore, um Kokainproduktionsgebiete und Gebiete mit Vorkommen für die illegale Extraktion mineralischer Ressourcen (Kohle, Gold).

Die Begünstigten des PNIS sind ebenfalls von diesem Phänomen betroffen. Die Fundación Ideas para la Paz²⁶ registrierte, dass 2018 die Zahl der Morde in den Gemeinden des PNIS um 38% im Vergleich zu 2017 – von 933 auf 1.238 – und die Mordrate pro 100.000 Einwohner um 16% stieg (Garzón Vergara, Gelvez und Bernal 2020, 9). Laut der "Koordination der Koka, Klatschmohn und Marihuana anbauenden Kleinbauern" (COCCAM)²⁷ (Stier 2017, o.S.) wurden bis

²⁶ <https://www.ideaspaz.org/foundation/about> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

²⁷ Im Rahmen der PNIS entstand 2017 die COCCAM mit 7.000 Mitgliedern, als eine Form die Stimme sowie die Petitionen einer sozial marginalisierten Gruppe zu vereinen.

Laut der NGO INDEPAZ starben zwischen 2016 und Dezember 2020 mehr als 1.000 Personen in Ausübung zivilgesellschaftlicher bzw. sozialer Funktionen

2020 56 ihrer Mitglieder getötet. Einer der Gründe dafür war, dass die Mitglieder als Beobachter sowie Garanten des PNIS fungierten. Darüber hinaus legten sie die Nichterfüllung der Regierung offen, wodurch diese ihre Legitimität gegenüber den anderen Teilnehmern verlor, was oft mit Gewaltakten verbunden war (Gutierrez *et al.* 2020, 392-394). Außerdem stellten sie sich lokalen Kräften entgegen, die aufgrund der lokalen, traditionellen Machtstrukturen eine Gefahr für den Erfolg des Programmes bedeuten.

Der Staat drängte die zivilgesellschaftlichen Führer, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ohne das Vorgehen der Sicherheitskräfte in vielen Territorien zu überdenken. Denn diese identifizierten diese Führungspersonlichkeiten während der Aufstandsbekämpfung als Ziele oder als verdächtige Personengruppe (Gutierrez *et al.* 2020, 392).

Dies widerspricht der Regierungshypothese, dass territoriale Dispute bewaffneter Gruppen der einzige Grund für die Tötungen sind. Es dürfen nicht die Machtstrukturen und die lokalen Eliten, deren Gewaltmonopol anhält, verkannt werden (Gutierrez *et al.* 2020, 398). Offenbar scheitert der Staat daran, im Substitutionsprozess die entsprechenden Sicherheitsgarantien zu gewährleisten, was äußerst wichtig für den Erfolg des Programmes gewesen wäre.

Sowohl die regionalen Erfahrungen des PNIS als auch die Entscheidungen der Regierung Duque, verdeutlichen die Probleme der AD: Die nationale Konzeption der AD missachtet die lokalen Besonderheiten der Konflikte sowie die dortigen Machtstrukturen.

Die im Friedensvertrag angedachten Langzeitstrategien wurden zu Gunsten kurzfristiger Erfolge *ad acta* gelegt. Die Programme, wie das PNIS, orientieren sich an den Vorgaben der UNODC, deren Berichtssystem die teilnehmenden Länder zwingt, sichtbare Rückgänge der Anbaufläche zu vermelden,²⁸ was zu *ad hoc*-Reaktionen statt nachhaltigen Antworten führt (Buxton 2015, 36). Weiterhin fehlt ein langfristiges Finanzierungskonzept, trotz anders lautender Aussagen der kolumbianischen Regierung. Außerdem werden die regionalen, strukturellen Probleme, die zum Drogenaufbau führen, durch die AD nicht angegangen.²⁹ Stattdessen werden öffentlichkeitswirksame Projekte verwirklicht, die durch neue Technik und bessere Infrastruktur im Zweifelsfall zur Erhöhung der Grundstückspreise führen, was dann eine neue Ungleichheit zur Folge hat, da sich nur noch die wohlhabenderen Bauern diese leisten können (Buxton 2015, 38). Dies wiederum bedeutet, dass die Ärmsten der Armen, speziell die Kokabauern, nicht erreicht werden (Buxton 2020, 35). Schließlich hat die

²⁸ Die "Unabhängige Evaluationseinheit" (Independent Evaluation Unit) der UNODC veröffentlichte folgende Bewertung dieses Vorgehens: "There is little empirical evidence that the rural development components of AD on their own reduce the amount of drug crops cultivated. [...]. Where reduction in drug cropping occurs it seems other factors, including general economic growth, policing, etc., can be identified as contributors to the change that takes place" (zitiert nach Buxton 2015, 37).

²⁹ Die Kritiker der AD bezeichnen dieses Konzept wie folgt: "Alternative development is at best a 'more humane' way to not solve a problem" (zitiert nach Buxton 2015, 7).

Die im Friedensvertrag angedachten Langzeitstrategien wurden zu Gunsten kurzfristiger Erfolge *ad acta* gelegt.

Duque-Regierung dem PNIS als AD-Konzept dadurch geschadet, dass sie wieder zur Militarisierung zurückgekehrt ist, statt Vorkehrungen zu treffen, um die Bevölkerung in den Krisenregionen zu schützen. Mit einer Wiederaufnahme der Glyphosatbesprühung sowie der Priorität für eine erzwungene Vernichtung wurden Ansätze zu freiwilligen Aktionen unmöglich gemacht. Mit dieser Kombination aus repressiver Sicherheitspolitik und AD hat die kolumbianische Administration das Vertrauen in dieses Konzept nachhaltig beschädigt.

Die Rolle der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Drogen

Aus ökonomischer Sicht hat die internationale Gemeinschaft³⁰ einen großen Beitrag zur Implementation der Pläne, der Programme sowie der Projekte des Friedensvertrages geleistet. Dennoch sollte die internationale Kooperation nicht nur auf die wirtschaftliche Unterstützung reduziert werden, sondern auch die Rolle der internationalen Öffentlichkeit mit ihrem Druck auf die kolumbianische Regierung zur Umsetzung des Friedensvertrages berücksichtigt werden.

Die USA, als Anführer im Kampf gegen die Drogen, setzen durch die United States Agency for Inter-

national Development (USAID)³¹ auf die ländliche Entwicklung als Ausweg aus dem Gewaltproblem und der damit verbundenen illegalen Ökonomie. Dennoch blieb der traditionelle Fokus auf militärische Sicherheit unter Präsident Donald Trump bestehen, der sich für die Wiederaufnahme der Besprühung aus der Luft aussprach.³² Der neue Präsident der USA, Joe Biden, schlägt in seinem Positionspapier zur Drogenpolitik vom März 2021 einen anderen Ton an: Er strebt eine bilaterale Kooperation mit Kolumbien im Bereich der öffentlichen Gesundheit an, d.h. die Ausweitung effektiver staatlicher Präsenz und die Entwicklung der dazugehörigen Infrastruktur. Die Eindämmung der Produktion sowie des Handels illegaler Drogen in ganz Lateinamerika ist dabei das Ziel. Über die konkrete Ausgestaltung des Vorgehens oder über die Position zum Einsatz von Glyphosat wird jedoch keine Auskunft gegeben (ONCDP 2021, 6).

Für die EU lässt sich feststellen:

Während in der letzten Dekade ein Rückgang des europäischen Interesses für Kolumbien zu verzeichnen war, ist aktuell eine Tendenz zu stärkerer Verpflichtung der Europäischen Union wahrnehmbar (Birle 2016, 482).

Im Gegensatz zu den USA nahmen Länder wie Schweden, Norwegen oder Deutschland schon in der Vergangenheit die Position ein,

Mit dieser Kombination aus repressiver Sicherheitspolitik und AD hat die kolumbianische Administration das Vertrauen in dieses Konzept nachhaltig beschädigt.

³⁰ An der Konstruktion des Friedensvertrages waren Deutschland, Südkorea, Spanien, Frankreich, Italien, Japan, die Niederlande, Schweden, die Europäische Union, Finnland, Norwegen, Großbritannien und die Schweiz beteiligt (Birle 2016, 482).

³¹ <https://www.usaid.gov/who-we-are> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

³² Radio Nacional de Colombia, 2. März 2020. <https://www.radionacional.co/cultura/trump-insiste-en-que-es-necesario-fumigar-para-acabar-narcotrafico-en-colombia> (letzter Zugriff am 30.06.2021).

Klare Hinweise auf eine mögliche Positionierung Bidens lassen sich seinem Positionspapier zur Drogenpolitik nicht entnehmen.

dass es einen verhandelten Ausweg aus dem Konflikt geben soll.

In den Vereinten Nationen wurde 2016 ein "UN Post-Conflict Multi-Partner Trust Fund for Colombia"³³ für den Erhalt des kolumbianischen Friedens eingerichtet. Seine Aufgabe ist die Unterstützung sowohl beim Aufbau des Friedens als auch der nachhaltigen Entwicklung durch strategische Interventionen, die eine Stabilisierung, Wiedereingliederung, Zusammenarbeit mit Opfern, Transitionsjustiz sowie Kommunikation ermöglicht (Huey, Restrepo und Albis 2018, 12). Der Fonds soll dabei die Projekte in 379 kolumbianischen Gemeinden finanzieren.³⁴

In den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien stand die finanzielle Hilfe im Rahmen des Projektes PROPAZ und FORTES im Vordergrund. 2016 wurde ein Finanzvolumen von 327 Millionen Euro erreicht, welches ein Darlehen der KfW für die "Hilfe für den Friedensaufbau"³⁵ im Wert von 100 Millionen US-Dollar beinhaltet (Birle 2016, 490). Generell ist die Implementation des Friedens in Kolumbien in die Leitlinie "Friedensaufbau und Krisenprävention" (Birle 2016, 486) eingebettet. In Übereinstimmung mit dem Bundesministerium für wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) konzentriert sich der Friedensaufbau seit 2005 auf die Reduktion struktureller Ursachen für Gewalt und den Konflikt, indem die Partizipation der Zivilgesellschaft sowie die staatlichen Strukturen gestärkt werden und der Dialog als zentrales Mittel der Konfliktlösung im Vordergrund steht (ebd.).

Die Position der internationalen Gemeinschaft bezüglich Glyphosat teilt sich entlang der unterschiedlichen Herangehensweisen in der Drogenkontrolle: Die USA unter Donald Trump setzten sich vehement für die Wiederaufnahme der Besprühung durch Glyphosat ein. Dies zeigte sich in der öffentlichen Unterstützung des Bayer-Konzerns bei dessen Gerichtsverfahren in den USA (Gillam 2021, o.S.). Klare Hinweise auf eine mögliche Positionierung Bidens lassen sich seinem Positionspapier zur Drogenpolitik nicht entnehmen. Eine eindeutige Aussage blieb auch im März 2021 nach der Empfehlung des "International Narcotics Control Strategy Report des Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs" (INL) aus, welches sich für die Wiederaufnahme der Besprühung mit Glyphosat aussprach (Gorder 2021, o.S.). Dennoch gibt es auch kritische US-amerikanische Stimmen wie die Drug Policy Commission, die sich kritisch über die Glyphosatnutzung in Kolumbien äußert:

Aerial fumigation on the scale of Plan Colombia is impossible today, even if the government manages to overcome the legal, financial, and political hurdles to restarting the program (Gorder 2021, o.S.).

33 <https://www.un.org/webcast/pdfs/170627pm-colombia.pdf> (letzter Zugriff am 07.07.2021).

34 Dabei besitzt dieser Fonds seit der neuen Beitragsphase 2020 ein Gesamtvolumen von 148 Millionen US-Dollar (*El Tiempo*, 10. Februar 2020).

35 <https://www.giz.de/en/worldwide/34735.html> (letzter Zugriff am 02.07.2021).

Am anderen Ende des Spektrums befindet sich die EU. In Reaktion auf den Beschluss Duques, die Besprühung mit Glyphosat wieder aufzunehmen, äußerte sich das Europäische Parlament in seinem Entschließungsantrag im April 2021 besorgt über die erneute Nutzung von Glyphosat.³⁶ Das Parlament sehe darin eine Verletzung des Friedensvertrages sowie der Verfassungsgerichtsurteile. Es warnt vor einer humanitären Krise, die durch den Einsatz des Herbizids entstehen könnte (Solé *et al.* 2021, o.S.).

Lernen aus den Erfahrungen des PNIS

Ein Problem des PNIS ist das Fehlen systematisierter Informationen über die Erfahrungen der Pilot-Gemeinden, welche nützlich gewesen wären, um einen kontinuierlichen Lernprozess anzustoßen. Dennoch haben sowohl Journalisten als auch wissenschaftliche Beobachter wiederkehrende Probleme hervorgehoben:

1. Nichterfüllung der staatlichen Verpflichtungen: Faktoren wie schlecht geplante zeitliche Abläufe, unterfinanzierte Programme sowie das Fehlen einer klaren Methodologie seit dem Start führten zu Improvisation und damit massiven Problemen des Programms. Obwohl die Zahlen nahelegen, dass die Programme im vollen Gange sind und dass es reale Fortschritte gibt, sind Defizite bei der Planung und Umsetzung

des Prozesses sichtbar geworden, die in ihren Folgen bedeutsamer sein könnten als die beschränkten finanziellen Ressourcen.

2. Durch die Initiativen des Programms werden Partizipationsräume geschaffen, allerdings fokussiert der PNIS auf eine individuelle Perspektive statt auf die Transformation oder die Stärkung der Gemeinschaft. Doch bis zu welchen Punkt können die Gemeinden ihre Projekte entwickeln und ihre Partizipationsinitiativen durchführen, wenn die Sicherheitssituation in den Zonen prekär ist, die früheren politischen sowie ökonomischen Dynamiken erhalten bleiben und die Präsenz bewaffneter Gruppierungen die unabhängige Entwicklung der Gemeinden behindern? Mit anderen Worten: Ohne eine hinreichende Gewährleistung von Sicherheit für die beteiligten Akteure können diese Partizipationsräume nicht genutzt werden, schlimmer noch, für Führungspersonal sind keine Bedingungen gegeben, die ihr Leben schützen. Die Partizipationsräume sind eine der Errungenschaften des PNIS, aber einige Begünstigte des Programmes äußerten, dass diese Räume geschlossen sind, d.h. die Gemeinschaften wurden lediglich zu Empfängern von Anordnungen lokaler oder nationaler Staatsbediensteter. Dies mindert die Akzeptanz des Projektes innerhalb der beteiligten Bevölkerung. Der in vielen Fällen willkürliche Ausschluss von Familien aus dem Programm führt zu schweren Konsequenzen für deren weitere Lebensziele.

3. Der Anspruch der AD wird pervertiert. Sowohl der internationale Druck, Anbauflächen für

Ohne eine hinreichende Gewährleistung von Sicherheit für die beteiligten Akteure können diese Partizipationsräume nicht genutzt werden, schlimmer noch, für Führungspersonal sind keine Bedingungen gegeben, die ihr Leben schützen.

³⁶ Die deutsche Regierung bezieht keine dezidierte Stellung zum kolumbianischen Drogenkampf mit Hilfe von Glyphosat. Eine ablehnende Haltung ist anzunehmen, da Deutschland anstrebt, die Nutzung von Glyphosat bis 2024 in der EU zu verbieten (Fröndhoff 2019, o.S.).

Zwei Dekaden nach dem Scheitern des "Plan Colombia" scheint der Kampf gegen die Drogen den gleichen Weg zu beschreiten.

Koka zu reduzieren, sowie diesen Aspekt als einzigen Erfolgsindikator in der Anti-Drogen-Politik festzulegen, laufen der Idee der AD/"entwicklungsorientierten Drogenpolitik" zuwider: Erstens lässt der Fokus sowohl auf die Menge als auch die Zerstörung existierender Kulturen die speziellen Charakteristiken sowie die Realitäten der verschiedenen Territorien außen vor. Zweitens unterminiert die Priorisierung der erzwungenen Vernichtung die freiwillige Vorgehensweise und die entsprechenden Regelungen des Friedensvertrages. Drittens strebt das Programm zwar die sozioökonomische Entwicklung sowie Transformation des Landes an, aber die Zwangsmaßnahmen, die durch die staatlichen Sicherheitskräfte umgesetzt wurden, zerstörten die Vertrauensbeziehungen, die für den Erfolg unabdingbar sind. Die Teilnahme der Bevölkerung muss von einem breiten Angebot von Alternativen begleitet werden, die nicht die Interessen Dritter bedienen, sondern die Gegebenheiten ihres Heimatgebietes beachten. Ebenso müssen diese Alternativen nachhaltig sein. Obwohl die entsprechenden Gemeinden an der Definition der Produktionsvorgaben für ihre Gemeinschaften teilnahmen, war die technische Hilfe bisher prekär. Zudem wurden den Gemeinden nicht ausreichend Alternativen von Seiten der Regierung angeboten.

Das kolumbianische Drogendilemma 2.0

Der Krieg gegen die Drogen in Kolumbien hat wenig Erfolge vorzuweisen. Die angekündigte

Rückkehr zur Besprühung durch Glyphosat wiederholt Muster der Vergangenheit. Alternative Konzepte wie die AD bleiben eher politische Projekte, als dass sie Realität würden. Zwei Dekaden nach dem Scheitern des "Plan Colombia" scheint der Kampf gegen die Drogen den gleichen Weg zu beschreiten. Dies bedeutet, dass andere Wege verschüttet werden, zumal erneut bei den schwächsten Gliedern der Kette, den Kleinbauern, angesetzt wird. Faktoren wie Gewalt, Verlagerung des Phänomens in andere Zonen und das Fehlen von alternativen Möglichkeiten, um die Bauern vom Kokaanbau abzuhalten, sind aussagekräftiger als die Zahlen über zerstörte Anbauflächen.

Außerdem zeigen die Erfahrungen des PNIS, dass die Regierung an einem antiquierten Sicherheitskonzept festhält, d. h. militärische Einsätze besitzen Vorrang vor der Einhaltung der Menschenrechte. Sowohl die Politik "Frieden mit Legalität" als auch die Strategien, wie der "Zukunftsplan" oder die "Colombia Growth Initiative", setzen auf die militärische Kontrolle der Anbauggebiete, was nicht zur Befriedung führt, sondern Armut, Gewalt und schwache Präsenz staatlichen Handelns jenseits der Sicherheitsorgane fördert.

Am meisten betroffen sind die kolumbianischen Bauern, die den kleinsten Teil der Gewinne erhalten. Nur 1,5% des Gewinns verbleibt in ihren Händen.³⁷ Dennoch und trotz der Repressionen optiert

³⁷ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): *From Coca to Cocaine: the forgotten link in the Chain*, <https://www.the-forgot->

die Mehrheit dieser Menschen für den Kokaanbau, da er ihnen die Möglichkeit bietet, angesichts der anhaltenden Nachfrage auf den internationalen Konsummärkten aus der Armut und prekären Subsistenzbedingungen zu entfliehen.

Damit einher gehen Diskussionen über die Vereinbarungen des Friedensvertrages bzw. über die "Alternative Entwicklung in Kolumbien" und die Möglichkeit der freiwilligen Substitution. Jedoch wird nicht darüber gesprochen, wie die Produkte, die aus diesen Projekten entstehen, in lokale oder nationale Märkte eingespeist werden, wenn die marginalisierten Zonen keine entsprechende Infrastruktur besitzen.

Damit rückt der Widerspruch zwischen der Vision des Vertrages und den "Entwicklungsplänen" der Regierung in den Vordergrund. Der Friedensvertrag präferiert eine umfassende ländliche Entwicklung als Motor der Entwicklung der nationalen Ökonomie, d.h. "eine bäuerliche, familiäre und gemeinschaftliche Ökonomie" (o.A.: "Final Agreement", 2016, S. 24), die den Handel von Produkten auf lokaler und regionaler Ebene fördert. Die Sichtweise der Regierung beruht dagegen auf dem Denken einer Einbindung in den Weltmarkt,³⁸ was eine Steigerung der Produktion im Sinne

[ten-link.de/de/index.html](https://www.ten-link.de/de/index.html) (letzter Zugriff am 02.07.2021).

38 Vgl. die Videokonferenz von Edwin De los Ríos, Estefanía Ciro, Itayosara Rojas u. a.: "¿En qué va la sustitución? Tres años de implementación del PNIS", Zeitabschnitt: 1:22:40–1:35:12. Bogotá 2020. https://www.youtube.com/watch?v=hHkd2q5SFzU&ab_channel=ILSAenRed (letzter Zugriff am 22.10.2021)

der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit bedeuten soll. Diese beiden widersprüchlichen Ansichten hindern die Entwicklung in den Konfliktterritorien.³⁹

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der Friedensvertrag mit der FARC-EP ist ohne Frage ein historischer Meilenstein für Kolumbien. Die Punkte 1 ("Reforma Rural") und 4 (über die Drogenproblematik) repräsentieren einen Lösungsansatz des kolumbianischen Konfliktes basierend auf zwei Hauptpunkten: Zugang zu Boden und seiner Nutzung. Die Fokussierung auf alternative Entwicklung inklusive einer realen Partizipation der Gemeinschaft gab Hoffnung auf die Konstruktion einer kolumbianischen Gesellschaft mit mehr Würde für den Einzelnen und mit Respekt vor dem legalen Rahmen der Menschenrechte. Die Umsetzung dieses Zukunftsprojektes wird durch Probleme verkompliziert, die bis heute im kolumbianischen Staat überdauert haben. Darunter fallen fehlende Ressourcen für die Friedensprojekte, Desorganisation der Verwaltung auf allen Ebenen des Staates und ideologische wie politische Differenzen, die Kolumbien polarisieren.

Mehr als drei Jahrzehnte fokussierte sich der Kampf Kolumbiens gegen den Drogenhandel auf ein traditionelles Sicherheitsverständnis, welches von der USA unterstützt wurde. Hier wird entscheidend sein, wie Joe Biden in Zukunft die Drogenproblematik angeht. Jedoch zeigen die stei-

39 Ebd.

Damit rückt der Widerspruch zwischen der Vision des Vertrages und den "Entwicklungsplänen" der Regierung in den Vordergrund.

Die aktuelle kolumbianische Regierung hat es verpasst, die durch das PNIS angestoßenen Transformationen zu stärken oder zu verstetigen.

genden Zahlen der Kokainproduktion sowie die Verbesserung des Produktionsprozesses, dass die bisherigen Ansätze nicht erfolgreich gewesen sind und an den notwendigen Rahmenbedingungen, die der kolumbianische Staat nicht bereitstellen konnte, gescheitert sind. Statt jedoch daran zu arbeiten, neue Konzepte mit neuen Akteuren oder alternativen Entwicklungsmodellen zu verfolgen, neigt die Duque-Administration zur Missachtung des Friedensvertrages. Die aktuelle kolumbianische Regierung hat es verpasst, die durch das PNIS angestoßenen Transformationen zu stärken oder zu verstetigen. Vielmehr wurden die Bauernfamilien, die an dem Projekt teilnehmen, nach anfänglichen Erfolgen sich selbst überlassen. Die sich verschlechternde Sicherheitssituation, d.h. die steigende Zahl an Morden gegenüber Menschenrechtsverteidigern und sozialen Führern, wird nicht verbunden mit einem Überdenken der Sicherheitspolitik, um den Projekten Legitimität durch Sicherheitsgarantien zu verschaffen. Vielmehr wird diese prekäre Sicherheitslage in einen Kontext eingebettet, der besagt, dass das Problem nur durch die territorialen Konflikte und die Profitgier bewaffneter Gruppen entsteht. Der Logik der amtierenden Administration folgend kann das Problem des Drogenhandels daher nur gelöst werden, in dem die Kokaanbauflächen zerstört und die Gruppen militärisch geschlagen werden.

Da die unterfinanzierten und von der Regierung nur wenig unterstützten Versuche, freiwillige Ko-

kaanbauflächen zu substituieren, nicht zum Erfolg geführt haben, ist es aus Sicht der Regierung nur logisch, zur Besprühung mit Glyphosat zurückzukehren, da es in den 2000er Jahren zur großen Reduktion der Flächen beigetragen habe. Dabei werden jedoch die gesundheitlichen Folgen für die betroffenen Regionen marginalisiert. Dies zeigt sich deutlich in dem verabschiedeten Dekret 380. Darüber hinaus negiert die Duque-Administration die Maßgabe des Verfassungsgerichtes, dass die Nutzung von Glyphosat als Mittel zur Bekämpfung von Kokaflächen lediglich die *ultima ratio* sein dürfe; denn die Regierung hätte durch die Programme wie das PNIS, die aus dem Friedensvertrag entstanden sind, genügend Möglichkeiten gehabt, um alternative Lösungswege zu finden.

Derzeit wurde die Diskussion über die Rückkehr zur *fumigación* aufgrund der Proteste im Mai/Juni 2021 im Kontext des *Paro Nacional* zurückgestellt. Obwohl es auch in diesen Forderungen gab, die Besprühung mit Glyphosat zu untersagen, waren doch andere Aspekte, wie die Steuer- oder Gesundheitsreform, wichtiger. Darüber hinaus ist die Regierung aktuell mit den Nachwirkungen und der Aufarbeitung des Streiks beschäftigt. Daher ist es fraglich, ob mit einer schnellen, endgültigen Entscheidung im Zusammenhang mit Glyphosat zu rechnen ist. Außerdem finden im Mai 2022 die Präsidentschaftswahlen statt, in denen ein Präsidentenwechsel bevorsteht. Unabhängig davon, wer dann in der "Casa de Nariño"

sitzt, steht die kolumbianische Politik vor dem erneuten Dilemma, die Drogenproblematik unter Kontrolle zu bringen. Daher wäre die Umsetzung folgender Ansätze ein guter Ausgangspunkt:

1. Die Regierung sollte die Programme, wie das PNIS, die im Friedensvertrag vereinbart wurden, umsetzen. Zusätzlich sollten die Prozesse beschleunigt sowie Notwendigkeiten der ländlichen Gemeinschaften berücksichtigt werden, um steigende Unzufriedenheit und schwindendes Vertrauen abzubauen.

2. Es muss eine Untersuchung der positiven und negativen Ergebnisse des PNIS stattfinden, um dementsprechend eine Neukonzeption auf den Weg zu bringen. Statt nur alte Programme durch neue zu ersetzen und damit Konfusion zu erzeugen, wäre es wichtig, die existierenden Projekte im Detail zu erklären und zu einem Konsens mit den Organisationen, die die Bürger repräsentieren, zu gelangen.

3. Weiterhin wird eine strikte Nachverfolgung der Umsetzung des Friedensvertrages benötigt, um mit Indikatoren, Methodologie und Systematisierung Parameter zu schaffen, welche die Fortschritte tatsächlich darstellen.

4. Die Anstrengungen sollten auf die Formalisierung von Bodenbesitzverhältnissen konzentriert werden. Eine der Verpflichtungen des Vertrages ist zum einen, den Bodenfonds mit drei Millionen Hektar Land zu bilden. Zum anderen sollten weitere sieben Millionen Hektar formalisiert werden, um sie an Bauernfamilien zu übergeben. Obwohl die Agencia Nacional de Tierras (Campu-

zано Vélez 2021, o.S.) vermeldet, mit 1,2 Millionen Hektar in vier Jahren vorangekommen zu sein, wurden bisher nur 100.000 Hektar an Bauern und indigene Gemeinden übergeben. Die Formalisierung des Bodens löst nicht nur das existierende kolumbianische Agrarproblem, sondern trägt auch zur ländlichen Entwicklung und zur Transformation bei.

5. Wichtig ist die Entwicklung von effektiveren Sicherheitskonzepten zum Schutz von sozialen Führern, Menschenrechtsverteidigern, Bauern, Ex-Kombattanten und der Bevölkerung, welche eine tatsächliche personelle Leitung der entwickelten Programme zulässt. Ohne entsprechende Sicherheitskonzepte wird der Fortschritt des Friedensvertrages stark begrenzt bleiben.

6. Im Kampf gegen die Drogen sollten die Erfolgsindikatoren erweitert werden. Statt sich auf die Zerstörung von Anbauflächen zu fokussieren, sollte sich die Regierung darauf konzentrieren, warum trotz Flächenreduktion die Kokainproduktion steigt und wie es die Produzenten geschafft haben, den Prozess zu verbessern. Darüber hinaus sollten Aspekte der Prävention oder der öffentlichen Gesundheit betrachtet werden.

7. Die Phänomene des Drogenhandels, illegaler Minen, anderer illegaler Aktivitäten sowie die Ermordung von zivilgesellschaftlichen Führern sollten aus einer multikausalen Perspektive analysiert werden. Neben den territorialen Disputen bewaffneter Gruppierungen sollten lokale Machtverhältnisse, Formen der Gewalt, Abwesenheit staatlicher

Die Regierung sollte die Programme, wie das PNIS, die im Friedensvertrag vereinbart wurden, umsetzen.

Durchdringung sowie territoriale Besonderheiten in die Untersuchung einfließen.

8. Die Entwicklung von soliden, sichtbaren Strategien für den Umgang mit Konsumenten, Zwischenhändlern und anderen Akteuren im Zusammenhang mit der Drogenhandelslogistik sollte ein zentraler Bestandteil der Regierungspolitik sein. Dabei sollte eine Fokussierung auf die anbauenden Familien vermieden werden, da sie nur ein Teil des Problems sind.

9. Eine Analyse aus Sicht der Menschenrechte, des Zusammenlebens nach der Wiederbesiedlung ehemals besprühter Gebiete und der Erfahrungen des erneuten Anbaus von Koka sowie von Vertreibung ist von Nöten. Dabei dürfen Gesundheits- und Nachhaltigkeitsprobleme nicht missachtet werden.

10. Darüber hinaus sollte die Wiederaufnahme der Gespräche mit der ELN diskutiert werden, da in der Bevölkerung erstmals die Zustimmung zu Verhandlungen der Ablehnung überwiegen (Invarmer 2021, 156). Außerdem muss erörtert werden, wie mit anderen bewaffneten Akteuren umgegangen werden kann, um eine Verbesserung der Sicherheitssituation zu erreichen.

11. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre, dass die neue Präsidentin oder der neue Präsident gemeinsam mit der Administration Biden Alternativen zu althergebrachter Zusammenarbeit im Kampf gegen die Drogen entwickelt. Außerdem muss eine stärkere Koordination mit den Nachbarländern, wie Ecuador oder Peru, erreicht werden, um ge-

meinsam gegen den Drogenhandel vorzugehen. Möglicherweise bestünde auch die Möglichkeit mit der EU, respektive Deutschland, die zivilgesellschaftliche Kooperation noch mehr zu fördern und zu stärken.

Dabei dürfen Gesundheits- und Nachhaltigkeitsprobleme nicht missachtet werden.

Literaturverzeichnis

- Arciniegas, Yurany. 2021. "La Casa Blanca registra un aumento récord de producción de coca en Colombia y Perú", <https://www.france24.com/es/ee-uu-y-canad%C3%A1/20210626-estados-unidos-informe-casa-blanca-coca-colombia-peru> (letzter Zugriff am 06.07.2021).
- Arenas, Pedro und Alex Diamond. 2020. "Campesinos de Briceño le exigen al Gobierno que cumpla con la sustitución de coca". <https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/campesinos-de-briceno-le-exigen-al-gobierno-que-cumpla-con-la-sustitucion-de-coca-article/> (letzter Zugriff am 08.10.2021).
- Birle, Peter. 2016. "El rol de la cooperación alemana en la construcción de la paz en Colombia", in *Política exterior colombiana: escenarios y desafíos en el posconflicto*, herausgegeben von Eduardo Pastrana Buelvas und Hubert Gehring, 481-507. Bogotá: Pontificia Universidad Javeriana.
- Buxton, Julia. 2015. *Drugs and Development: The Great Disconnect*. Policy Report 2, January 2015. Swansea: Swansea University.
- Buxton, Julia. 2020. "Drug Control and Development: A Blind Spot", in *Drug Policies and Development*, herausgegeben von Julia Buxton, Mary Chinery-Hesse und Khalid Tinasti, 13-42. Genf/Boston: Graduate Institute Publications/Brill-Nijhoff.
- Camacho, Adriana und Daniel Mejia. 2015. "The Health Consequences of Aerial Spraying of Illicit Crops: The Case of Colombia". Center for Global Development, Working Paper 408. <https://www.cgdev.org/sites/default/files/CGD-Working-Paper-408-Camacho-Mejia-Health-Consequences-Aerial-Spraying-Colombia.pdf> (letzter Zugriff am 08.10.2021).
- Campuzano Vélez, Juan Francisco. 2021. "Campesinos le piden a la Corte Constitucional que sean los jueces quienes asignen las tierras". <https://www.asuntoslegales.com.co/actualidad/campesinos-piden-a-la-corte-constitucional-que-sean-los-jueces-quienes-asignen-tierras-3162880> (letzter Zugriff am 02.07.2021).
- Consejería Presidencial para la Estabilización y la Consolidación. 2018. "Presentación de Política de Estabilización 'Paz con Legalidad'". <http://www.posconflicto.gov.co/sala-prensa/noticias/2018/Paginas/Presentacion-de-Politica-de-Estabilizacion-Paz-con-Legalidad.aspx> (letzter Zugriff am 25.06.2021).
- Consejería Presidencial para la Estabilización y la Consolidación. "Informe de gestión". Agosto 7 2018 – Abril 30 2019. <http://www.posconflicto.gov.co/Documents/CPEConsolidacion-Informe-Gestion-Agosto2018-Abril2019.pdf> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Defensoría del Pueblo. 2017. "Análisis de la fase inicial de diseño e implementación del Programa Nacional de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito". <https://verdadabierta.com/wp-content/uploads/2018/11/Informe-PNIS-2017-para-web-1.pdf> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Dickinson, Elizabeth. 2021. "(Análisis) Reanudar la fumigación vuelve a dejar a los campesinos sin opciones". <https://www.elespectador.com/politica/analisis-reanudar-la-fumigacion-vuelve-a-dejar-a-los-campesinos-sin-opciones-article/> (letzter Zugriff am 02.06.2021).
- Dion, Michelle L. und Catherine Russler. 2008. "Eradication Efforts, the State, Displacement and Poverty: Explaining Coca Cultivation in Colombia during Plan Colombia", *Journal of Latin American Studies*, 40, Nr. 3: 399-421.
- El Espectador*, 14. November 2020. "¿Qué pasó con los planes de desarrollo para las zonas cocaleras?". <https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/que-paso-con-los-planes-de-desarrollo-para-las-zonas-cocaleras-article/> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- El Tiempo*, 30. Dezember 2020. "Colombia cumplió meta de erradicación de hectáreas sembradas con coca". <https://www.eltiempo.com/justicia/conflicto-y-narcotrafico/erradicacion-forzada-colombia-cumple-meta-fijada-para-el-2020-557880> (letzter Zugriff am 25.06.2021).
- El Tiempo*, 10. Februar 2020. "Colombia recibirá US \$ 24,5 millones de países europeos para la paz". <https://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/colombia-recibe-24-5-millones-de-dolares-para-la-paz-460714> (letzter Zugriff am 02.07.2021).
- El Tiempo*, 13. April 2021. "Firman decreto para aspersión; esto falta para regreso del glifosato". <https://www.eltiempo.com/justicia/investigacion/decreto-para-fumigacion-con-glifosato-que-falta-para-regreso-de-aspersion-580439> (letzter Zugriff am 02.06.2021).

- El Tiempo*, 20. April 2021. "Reúnen más de 20.000 firmas para impedir fumigación aérea de coca". <https://www.eltiempo.com/vida/medio-ambiente/reunen-mas-de-20-000-firmas-para-impedir-fumigacion-aerea-de-coca-582391> (letzter Zugriff am 07.06.2021).
- El Tiempo*, 30. Juli 2021. "Bajan los cultivos, pero aumenta la coca, ¿por qué?". <https://www.eltiempo.com/justicia/conflicto-y-narcotrafico/expertos-se-refieren-a-porque-aumento-la-produccion-de-coca-595558> (letzter Zugriff am 22.06.2021).
- Fröndhoff, Bert. 2019. "Das Glyphosat-Verbot ist ein Schlag für Bayer und die Agrochemie". <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-das-glyphosat-verbot-ist-ein-schlag-fuer-bayer-und-die-agrochemie/24980514.html?ticket=ST-3364591-32fzETjSl6KmNcD0DVSe-ap6> (letzter Zugriff am 07.07.2021).
- Garzón Vergara, Juan Carlos. 2020. "La erradicación forzada no ha aumentado, pero los cultivadores la están pasando mal". <https://www.ideaspaz.org/publications/posts/1838> (letzter Zugriff am 25.06.2021).
- Garzón Vergara, Juan Carlos, Juan David Gelvez und José Luis Bernal. 2020. "¿En qué va la sustitución de cultivos ilícitos? Desafíos, dilemas actuales y la urgencia de un consenso". https://ideaspaz.org/media/website/FIP_sustitucion_VOL06.pdf (letzter Zugriff am 25.06.2021).
- Gillam, Carey. 2021. "Revealed: Monsanto owner and US officials pressured Mexico to drop glyphosate ban". <https://www.theguardian.com/business/2021/feb/16/revealed-monsanto-mexico-us-glyphosate-ban> (letzter Zugriff am 08.07.2021).
- Gorder, Gabrielle. 2021. "US Sends Mixed Messages on Aerial Spraying in Colombia". <https://insightcrime.org/news/united-states-sends-mixed-messages-on-aerial-spraying-in-colombia/> (letzter Zugriff am 06.07.2021).
- Gutierrez, Francisco, Margarita Marin, Diana Machuca, Monica Parada und Howard Rojas. 2020. "Peace without Guarantees: The Murder of Leaders of Restitution and Substitution of Crops for Illicit Use in Colombia". *Estudios Socio-Jurídicos* 2, Nr. 2.
- Heussen, Michael. "Geprüft und unerwünscht". <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/glyphosat-279.html> (letzter Zugriff am 07.07.2021).
- Huey, David, Ana María Restrepo, Nadia Albis u. a. 2018. "Informe Final. Evaluación de Medio Término Fondo Multidonante de Naciones Unidas para el Posconflicto". https://8e66013a-bbdf-4d03-93c4-bebde3075ff.filesusr.com/ugd/45d5ec_3856863a1a28481288ced041b64c1e8f.pdf (letzter Zugriff am 02.07.2021).
- Indepaz. 2021. "Agresiones contra la paz en Colombia Noviembre 2016 - Abril 19 de 2021". Resumen actualizado. <http://www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2021/04/CON-LI%CC%81DERES-HAY-PAZ.pdf> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Invamer. April y Mayo de 2021. <https://www.valoraanalitik.com/wp-content/uploads/2021/05/2021-05-Invamer-Poll.pdf> (letzter Zugriff am 02.07.2021).
- Karasek, David. 2021. "Kolumbien im Kampf gegen Koka". <https://www.srf.ch/news/international/glyphosat-einsatz-in-kolumbien-kolumbien-im-kampf-gegen-koka> (letzter Zugriff am 06.07.2021).
- KROC Institute for International Peace Studies. 2020. "Tres años después de la firma del Acuerdo Final de Colombia: hacia la transformación territorial. Diciembre 2018 a noviembre 2019". <https://peaceaccords.nd.edu/wp-content/uploads/2020/09/091620-Reporte-4-Digital-.pdf> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Macías, Javier Alexander. 2020. "Plan Colombia fracasó en la lucha contra las drogas: Comisión Política de Drogas de EE.UU.". <https://www.elcolombiano.com/colombia/paz-y-derechos-humanos/plan-colombia-fracaso-segun-comision-de-estados-unidos-DM14182706> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Maihold, Günther. 2016. "Kolumbiens zweiter Frieden 2016". https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A73_ilm.pdf (letzter Zugriff am 28.05.2018).
- Maihold, Günther. 2018. "Kolumbiens Frieden und Venezuelas Krise". https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A13_ilm.pdf (letzter Zugriff am 28.05.2018).
- Maihold, Günther/Wesche, Philipp. 2019. "Kolumbien auf dem Weg zum Minimalfrieden". https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A43_ILM_Wesche.pdf (letzter Zugriff am 15.08.2019).
- Maseri, Sergio Gomez. 2021. "EE.UU. registra importante aumento de cultivos de coca en Colombia". <https://www.eltiempo.com/mundo/eeuu-y-canada/crecen-cultivos-ilicitos-en-colombia-598790> (letzter Zugriff am 29.06.2021).

- o. A. "Final Agreement to End the Armed Conflict and Build a Stable and Lasting Peace". November 2016. <http://especiales.presidencia.gov.co/Documents/20170620-dejacion-armas/acuerdos/acuerdo-final-ingles.pdf> (letzter Zugriff am 23.05.2019).
- Oehme, Chester G. 2010. "Plan Colombia: Reassessing the Strategic Framework". *Democracy and Security* 6, Nr. 3: 221-236.
- Oficina del Alto Comisionado Para La Paz (OACP)/Presidencia de la República. 2018. "La Discusión del Punto 3 Fin del Conflicto y La Discusión del Punto 6 Implementación, Verificación y Refrendación". 7. Juni 2014-24. August 2016. Tomo VI. Bogotá.
- ONDCP. 2021. "The Biden-Harris Administration's Statement of Drug Policy Priorities for Year One". <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/03/BidenHarris-Statement-of-Drug-Policy-Priorities-April-1.pdf> (letzter Zugriff am 22.06.2021).
- Quintero Martínez, Karen Vanessa. 2021. "Caquetá, Córdoba y Antioquia: avances y reparos en la implementación del Acuerdo". <https://www.elespectador.com/colombia/medellin/caqueta-cordoba-y-antioquia-avances-y-reparos-en-la-implementacion-del-acuerdo-article/> (letzter Zugriff am 24.06.2021).
- Rueda Forero, Sebastian. 2021. "'A la oposición le conviene llegar a 2022 con la idea de que no se hizo suficiente': Emilio Archila". <https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/a-la-oposicion-le-conviene-llegar-a-2022-con-la-idea-de-que-no-se-hizo-suficiente-emilio-archila-article/> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- Secretaría Técnica del Componente Internacional de Verificación CINEP/PPP-CERAC. 2020. "Séptimo informe de verificación de la implementación del Acuerdo Final de Paz en Colombia". Bogotá.
- Solé, Jordi, Diana Riba u Giner, Ernest Urtasun u.a. 2021. "Entschliessungsantrag". https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2021-0229_DE.html (letzter Zugriff am 13.07.2021).
- Stier, Kristina. 2017. "Die Umsetzung des Nationalen Integralen Programms zur Substitution illegaler Anbau-kulturen". <https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/tag/coccam/> (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- UNODC. 2018. "Colombia. Monitoreo de territorios afectados por cultivos ilícitos 2017". https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/Colombia_Monitoreo_territorios_afectados_cultivos_ilicitos_2017_Resumen.pdf (letzter Zugriff am 09.07.2021).
- UNODC. 2020a. "Informe N°20. Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos - PNIS. Monitoreo a la implementación del Plan de Atención Inmediata - componente familiar". https://www.unodc.org/documents/colombia/2020/Abril/INFORME_EJECUTIVO_PNIS_No._20.pdf (letzter Zugriff am 30.06.2021).
- UNODC. 2020b. "Informe N°22. Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos - PNIS. Monitoreo a la implementación del Plan de Atención Inmediata - componente familiar. August 2020". https://www.unodc.org/documents/colombia/2020/Octubre/Informe_Ejecutivo_No._22.pdf (letzter Zugriff am 24.06.2021).
- UNODC. 2020c. "Colombia. Monitoreo de territorios afectados por cultivos ilícitos 2019". https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/Colombia_Monitoreo_Cultivos_Illicitos_2019.pdf (letzter Zugriff am 25.06.2021).
- UNODC. 2021. "Informe 23. Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos - PNIS. Monitoreo a la implementación del Plan de Atención Inmediata - componente familiar". https://www.unodc.org/documents/colombia/2021/Febrero/INFORME_EJECUTIVO_PNIS_No._23.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2021).
- USCGI (United States-Colombia Growth Initiative). 2020. "Executive Summary. A Bilateral Investment Initiative to Advance Rural Development and Realize a Drug Free Colombia". <https://www.dfc.gov/sites/default/files/media/documents/USCGI%20Executive%20Summary.pdf> (letzter Zugriff am 25.06.2021).

IBERO-ANALYSEN – bisherige Ausgaben:

- Heft 1:** Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Mario Solórzano, Oktober 1999)
- Heft 2:** Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Raúl Leis, Dezember 1999)
- Heft 3:** Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Jörg Meyer-Stamer, Mai 2000)
- Heft 4:** Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Raúl Trejo Delarbre, Juni 2000)
- Heft 5:** Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (Jürgen Weller, September 2000)
- Heft 6:** Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Alvaro de la Ossa, Dezember 2000)
- Heft 7:** Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero, Januar 2001)
- Heft 8:** Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Nicolás Lynch Gamero, Februar 2001)
- Heft 9:** Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (Hartmut Sangmeister, März 2001)
- Heft 10:** Aufbruch in Mexiko? Die langen "ersten 100 Tage" der Regierung Fox (Günther Maihold, Dezember 2001)
- Heft 11:** Frieden, Demokratie und Entwicklung in der "Strategischen Partnerschaft": Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (José Antonio Sanahuja, Dezember 2003)
- Heft 12:** Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Hugo Fazio Vengoa, Oktober 2003)
- Heft 13:** Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (Rodrigo Arocena, November 2003)
- Heft 14:** Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (Hartmut Sangmeister, November 2003)
- Heft 15:** Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (Bruno Wilhelm Speck, März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darraz, November 2005)
- Heft 17:** "Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!" Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)
- Heft 18:** Haben die alten Eliten ausgedient? Eliten und Macht in Lateinamerika – das Beispiel Chile (Cristóbal Rovira Kaltwasser, Februar 2006)
- Heft 19:** Nach dem Wiener Gipfel. Europas schwierige Suche nach einem besonderen Verhältnis zu Lateinamerika (Günter Maihold, Juni 2006)
- Heft 20:** Die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (Raúl Bernal-Meza, Juli 2006)
- Heft 21:** Hugo Chávez und der "Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Ein Zwischenbericht (Nikolaus Werz, Dezember 2007)
- Heft 22:** Die China-Connection: Chinesische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika (Hartmut Sangmeister / Yingyi Zhang, September 2008)
- Heft 23:** Das neue Lateinamerikakonzept der Bundesregierung: Politikinnovation durch Konzeptentwicklung? (Günther Maihold, Oktober 2010)
- Heft 24:** Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht? (Rocío Bravo Salazar, Mai 2012)
- Heft 25:** Zwischen Wahrheit und Amnesie. Die schwierige Aufarbeitung der Militärdiktatur in Brasilien (Iasmin Goes, Dezember 2012)
- Heft 26:** Offizielle Stellungnahmen und internationales Medienecho zum Tod des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (Isabella Hermann, Juni 2013)
- Heft 27:** Chancen und Stolpersteine imkolumbianischen Friedensprozess (Oliver Vogel, März 2014)
- Heft 28:** The Future of U.S.-Latin American Relations under President Donald Trump (Alexander Hawley, Mai 2017)
- Heft 29:** Chile nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017: Eine Wahlanalyse (Christian Pfeiffer / Enrique Fernández Darraz, Januar 2018).
- Heft 30:** Präsidentschaftswahlen 2018 in Mexiko: Krise der politischen Institutionen und Aufstieg des Populismus (Rocío Bravo Salazar, Juni 2018).
- Heft 31:** Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz (Hartmut Sangmeister, Juni 2020).

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37, 10785 Berlin

ISBN 978-3-935656-81-8